

Tagesordnungspunkt 12

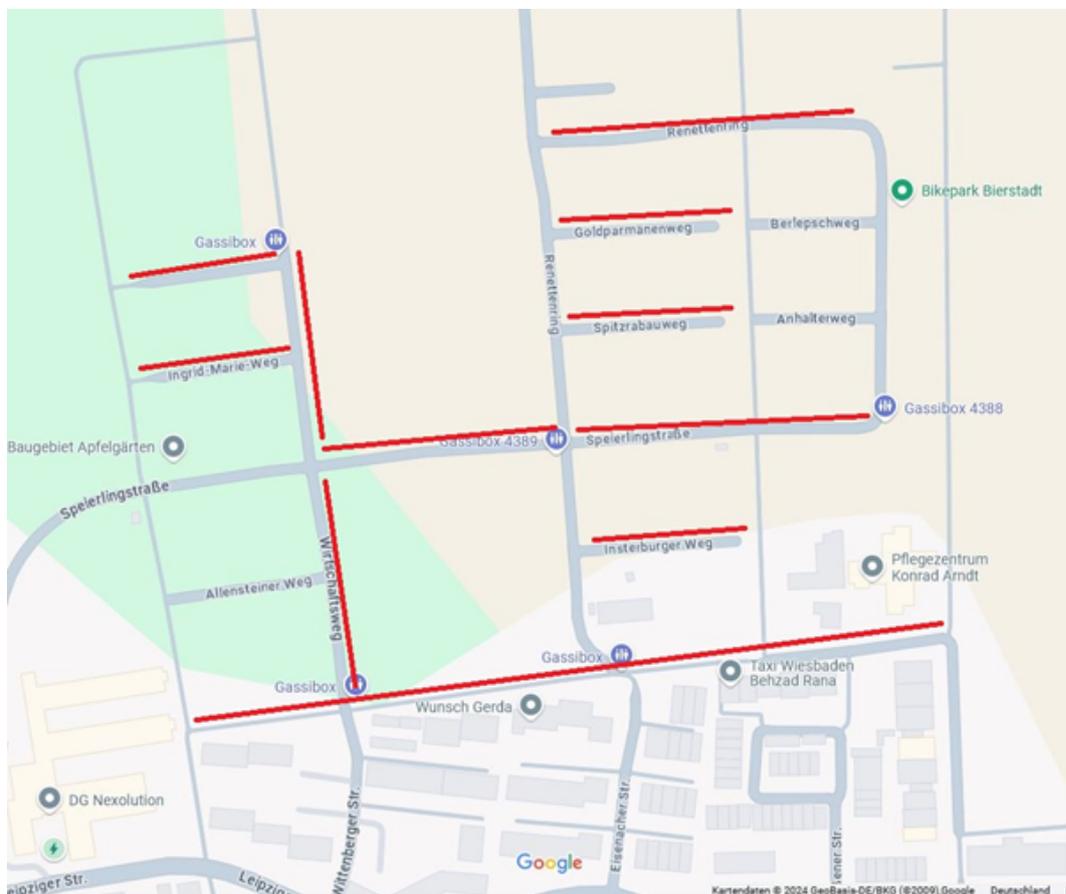
der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Bierstadt am 31. Oktober 2024

Straßenbeleuchtung und Schulwegsicherung Neubaugebiet Bierstadt-Nord (CDU/GRÜNE)

Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Der Ortsbeirat Bierstadt fordert den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden dazu auf,

1. umgehend in den nachfolgend genannten Straßen im Neubaugebiet Bierstadt-Nord eine ausreichende Straßenbeleuchtung sicherzustellen, um seiner Verkehrssicherungspflicht und dem Sicherheitsbedürfnis der dort lebenden Menschen, insbesondere der Schulkinder, Rechnung zu tragen: Goldparmänenweg, Spitzrabauweg, Insterburger Weg, Wirtschaftsweg in der Verlängerung der Wittenberger Straße, Ingrid Marie Weg, Wirtschaftsweg am nördlichen Rand zwischen Wolfsfeld (alt) und Bierstadt-Nord entlang der Grünfläche (siehe beiliegenden Plan - Rot markierte Straßen).



2. die durchgehende Beleuchtung des Schulwegs der Kinder aus dem Neubaugebiet umgehend umzusetzen (siehe beiliegender Schulwegplan)



Begründung:

Aktuell sind in dem Neubaugebiet die größeren Baustraßen wie die Speierlingstraße, der Renettenring und der Wirtschaftsweg in der Verlängerung der Wittenberger Straße vereinzelt mit teils 100 m und mehr auseinanderstehenden provisorischen Straßenlaternen, ausgestattet. **In den Nebenstraßen zu diesen Straßen gibt es nicht eine einzige Straßenlaterne**, ebenso wenig wie an dem Wirtschaftsweg zwischen dem Neubaugebiet und Wolfsfeld alt entlang der Grünfläche, der auch in den Abendstunden rege als Verbindungsweg von Fußgängern und Radfahrern genutzt wird. Der Spitzrabauweg und der Insterburger Weg sind nahezu komplett bebaut, die anderen Straßen zu ca. 25 %. **Die Häuser und Straßen liegen im Dunkeln**. Der Ortsbeirat hält diese Situation für gefährlich. Dem Sicherheitsbedürfnis der Bewohner wird in keinster Weise Rechnung getragen.

Im restlichen Ortsgebiet Bierstadts steht die Straßenbeleuchtung in den Wohngebieten zwischen 20 und 25 m auseinander, teils sogar darunter (Beispiel Meißener Straße), daher ist es für die Neubürger und auch den Ortsbeirat unverständlich, **warum in den Straßenbereichen, die schon bebaut sind, nicht mit Baufortschritt auch Straßenlaternen aufgestellt werden**, um für Sicherheit, insbesondere in den dunklen Tageszeiten und die Sicherung von Wegen zu sorgen. Die Straßen sind in den frühen Morgenstunden rege befahren durch Baupersonal, Bauanlieferungen und Hundebesitzer, die ihre Hunde auf den Grünflächen laufen lassen. Dabei wird die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h häufig überschritten. Es ist fraglich, **ob die Stadt hier Ihrer Verkehrssicherungspflicht genügt und alles unternimmt, um Gefahren abzuwehren. Aufgrund § 47 des hessischen Straßengesetzes von 2003 hat die Stadt als Träger der Straßenbaulast dafür einzustehen, dass Ihre Bauten allen Anforderungen der Sicherheit und Ordnung genügen.**

Der zuständige Stadtplanungsdezernent Kowol hat dem Ortsbeirat auf den bereits im März des Jahres gefassten Beschluss Nr. 0028 zur Vorlage 24-08-0012 hin mitgeteilt, dass die Infrastruktur des Neubaugebiets trotz der besonderen Umstände erst nach 80 % Bebauung

und mit Straßenendausbau vollständig hergestellt wird. Das kann Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte dauern, da 45 % der Grundstücke im Privatbesitz sind und die Stadt selbst mit der Vermarktung der in ihrem Besitz befindlichen Grundstücke jahrelang in Verzug ist. Nach unserer Auffassung muss die Stadt hierauf flexibel reagieren. Den im o. g. Schreiben angeführte Hinweis, es gäbe grundsätzlich keine Pflicht zur Beleuchtung von Straßen, finden wir trotz der angespannten Haushaltslage vollkommen unangemessen. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine differenzierte Darlegung mit aussagekräftigen Zahlen und Kosten.

Wir fordern daher, die Straßenbeleuchtung umgehend, **zumindest in den bereits bebauten Straßen, für alle Bewohner und auf dem Schulweg der Kinder auszubauen und für maximale Sicherheit zu sorgen.**

Beschluss Nr. 0144

Der Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dez V z.w.V.

1005 z.d.A.

Dr. Gebauer
stv. Vorsitzender